

Klodd, Henning

Article — Digitized Version

Strukturwandel und Arbeitsmarktprobleme in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Klodd, Henning (2004) : Strukturwandel und Arbeitsmarktprobleme in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 301-316

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3372>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturwandel und Arbeitsmarktprobleme in Deutschland

Von **Henning Klodt**

Die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Deutschland lässt ohne Zweifel zu wünschen übrig. Beim Wirtschaftswachstum gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa, und die Beschäftigtenzahlen stagnieren. Doch unter dieser Oberfläche vollzieht sich ein Strukturwandel, der durchaus von Dynamik geprägt ist. Im Dienstleistungssektor sind seit 1991 über vier Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden, was für sich genommen ausgereicht hätte, um gesamtwirtschaftliche Vollbeschäftigung zu erreichen. Parallel dazu ging jedoch eine etwa gleich große Zahl an Arbeitsplätzen im industriellen Sektor verloren, so dass bei gleichzeitig steigendem Erwerbspersonenpotential die Arbeitslosigkeit um fast zwei Millionen Personen zunahm.

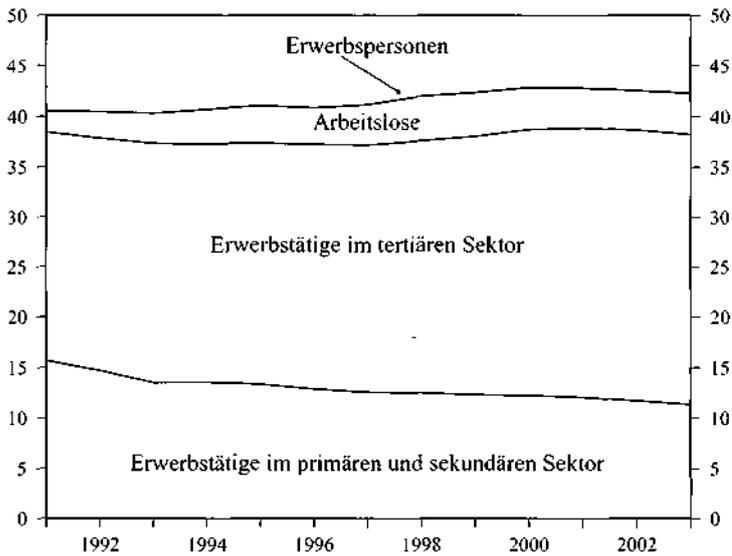
In diesem Beitrag werden die Ursachen dieser Entwicklung aufgezeigt, und es wird herausgearbeitet, welche Auswirkungen der sektorale Strukturwandel auf den Arbeitsmarkt hat. Die zentrale Hypothese dabei lautet, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht zuletzt auf eine unzureichende Mobilität der Erwerbspersonen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor zurückzuführen ist. Diese Komponente der strukturellen Arbeitslosigkeit wird in der herkömmlichen, auf individuelle Merkmale der Arbeitslosen abstellenden Literatur weitgehend vernachlässigt.

Die Analyse konzentriert sich auf die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung. Sie knüpft an frühere Arbeiten aus dem Institut für Weltwirtschaft an, in denen es um den sektoralen Strukturwandel in der westdeutschen Wirtschaft ging (Klodt et al. 1997).

Ausprägung

Über alle konjunkturellen Schwankungen hinweg nahm die Zahl der Erwerbstätigen im tertiären Sektor der deutschen Wirtschaft seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich zu, während die Erwerbstätigenzahlen im primären und sekundären Sektor ebenso kontinuierlich zurückgingen (Abbildung 1). Besonders rasch sank die Beschäftigung im primären und sekundären Sektor zwischen 1991 und 1993, als in der ostdeutschen Wirtschaft im Gefolge der Wiedervereinigung rund eine Million industrieller Arbeitsplätze verloren gingen. Auch der New-Economy-Boom um die Jahrhundertwende lässt sich in der Abbildung nachvollziehen; zwischen 1998 und 2001 stieg die tertiäre Beschäftigung besonders rasch an. Insgesamt zeigt sich jedoch das Bild eines recht stetigen Wandels, in dessen Verlauf die Beschäftigung im tertiären Sektor von 23 Millionen im Jahre 1991 auf 27 Millionen Personen dieses Sektors im Jahre 2003 zunahm, so dass der Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt von 59,2 Prozent auf 70,3 Prozent anstieg.

Abbildung 1:
Erwerbspersonen in Deutschland 1991–2003 (1 000)



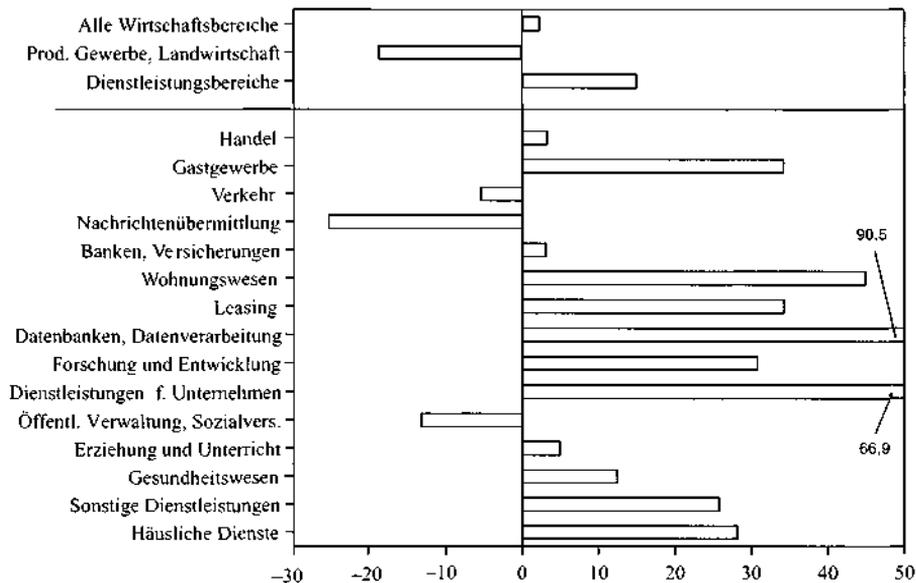
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.).

Wie lebhaft der Strukturwandel verläuft, wird noch deutlicher bei einer tieferen Untergliederung des Dienstleistungssektors. Dabei wird die Entwicklung ab 1993 herangezogen, um Verzerrungen durch die unmittelbaren Folgen der deutschen Wiedervereinigung zu vermeiden. Seitdem konnten nahezu sämtliche Dienstleistungszweige ihre Beschäftigung ausbauen (Abbildung 2). Lediglich im Staatssektor sowie im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung ging die Beschäftigung zurück, wobei in den beiden letztgenannten Bereichen die Rationalisierungen infolge der Privatisierung ehemals staatlicher Monopolunternehmen bis heute nachwirken. Mit Abstand die größten prozentualen Beschäftigungsgewinne konnten die Anbieter von Datenbankdiensten sowie von Dienstleistungen für Unternehmen erzielen (zu den absoluten Beschäftigtenzahlen der dargestellten Bereiche vgl. Tabelle A1 im Anhang).

Nach der traditionellen Drei-Sektoren-Hypothese signalisiert ein hoher Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung ein hohes wirtschaftliches Entwicklungsniveau. Empirisch hat sich der Zusammenhang zwischen der relativen Größe des Dienstleistungssektors und dem Pro-Kopf-Einkommen (als Indikator des Entwicklungsstandes eines Landes) immer wieder als recht robust erwiesen (Abbildung 3).¹ In früheren Analysen nahm dabei die

¹ Die einzelnen Länder sind im Schaubild mit ihren KFZ-Länderkennzeichen markiert. Zum Zahlenmaterial sowie zur Identifizierung der nicht namentlich markierten Länder vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Abbildung 2:
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen 1993–2003^a
(Prozent)



^a 2003 teilweise eigene Schätzungen.

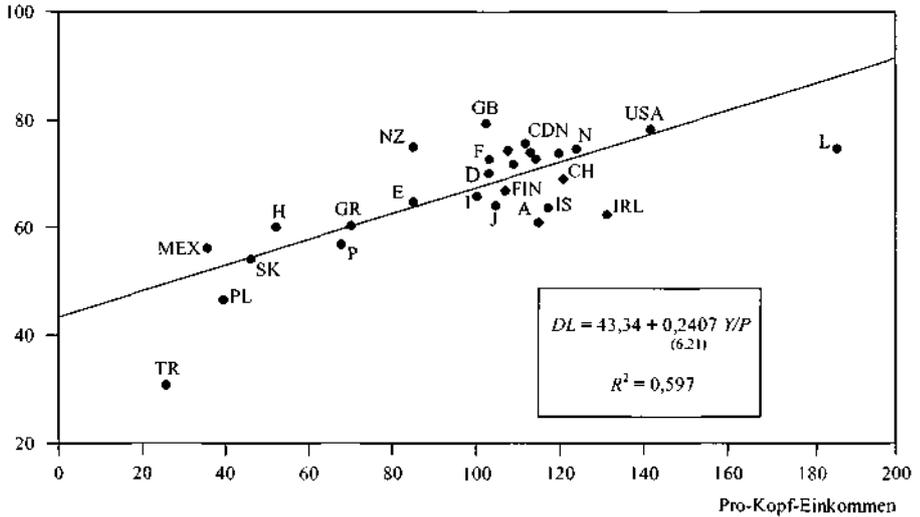
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.).

westdeutsche Wirtschaft regelmäßig eine Sonderstellung ein, da sie, gemessen an ihrem Einkommensniveau, einen relativ niedrigen Dienstleistungsanteil ausweist (Klodt et al. 1997). Eine derartige Sonderstellung ist heute nicht mehr erkennbar, denn die Werte für das vereinte Deutschland liegen fast genau auf der in Abbildung 3 eingezeichneten Regressionsgeraden. Hier haben sich sowohl die kräftige Deindustrialisierung in Ostdeutschland als auch das relative Zurückfallen Deutschlands in der internationalen Einkommenshierarchie ausgewirkt.

Anhand des internationalen Vergleichs lässt sich somit kein Nachholbedarf der deutschen Wirtschaft bei der Tertiarisierung mehr konstatieren. Zugleich wird aber auch deutlich, dass mit einem Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors von rund 70 Prozent (wie derzeit in Deutschland) keineswegs eine Obergrenze erreicht ist. Nicht nur spezialisierte Volkswirtschaften wie die luxemburgische, sondern auch größere wie die britische oder US-amerikanische weisen Tertiarisierungsgrade auf, die um rund zehn Prozentpunkte über dem deutschen Niveau liegen. Von daher ist also ein Ende der Tertiarisierung für Deutschland nicht in Sicht. Eine fundierte Aussage zu der künftig zu erwartenden Entwicklung erfordert es allerdings, die Ursachen des sektoralen Strukturwandels herauszuarbeiten.

Abbildung 3:

Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung und relatives Pro-Kopf-Einkommen^a in OECD-Ländern 2002



^a Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu Kaufkraftparitäten (OECD insgesamt = 100).

Quelle: OECD (2004).

Ursachen

In der Literatur wird der sektorale Strukturwandel zugunsten der Dienstleistungen im Wesentlichen durch das Zusammenwirken des Produktivitäts-Bias und des Nachfrage-Bias erklärt (vgl. z.B. Baumol et al. 1991; Rowthorn und Ramaswamy 1997; Rowthorn und Ramaswamy 1998):

- Ein rascherer Produktivitätsfortschritt in der Industrie als bei Dienstleistungen senkt den relativen Preis von Industriewaren gegenüber Dienstleistungen und ermöglicht es, Industriewaren mit weniger Arbeitskräften als zuvor herzustellen.²
- Wenn die Nachfrage nach Dienstleistungen einkommenselastischer reagiert als die Nachfrage nach Industriewaren (nichthomothetische Präferenzen), dann werden bei steigendem Einkommen die Anteile des Dienstleistungssektors an der nominalen und realen Produktion sowie an der Beschäftigung steigen.

² Der Produktivitäts-Bias führt für sich genommen allerdings noch nicht zu einem sektoralen Strukturwandel zugunsten der Dienstleistungen. Da Industriewaren relativ billiger werden, wird ihr realer Anteil an den nachgefragten Gütern bei homothetischen Präferenzen sogar steigen. Da Preis- und Mengeneffekte in unterschiedliche Richtungen wirken, sind die Auswirkungen auf die nominal nachgefragten Gütermengen sowie auf die sektorale Struktur der Beschäftigung unbestimmt. Für eine ausführlichere Diskussion und formale Darstellung dazu vgl. Klodt (2000). Für einen umfassenden Literaturüberblick vgl. z.B. Schettkat und Yocarini (2003).

Dabei werden sich Dienstleistungen – ebenso wie aufgrund des Produktivitäts-Bias – gegenüber Industriegütern relativ verteuern.

In früheren Jahrzehnten ließ sich für Westdeutschland – anders als für andere Länder – kein signifikanter Produktivitäts-Bias nachweisen (Klodt et al. 1997). Dies hat sich für Gesamtdeutschland nach der Wiedervereinigung geändert. Seit 1993 war der Produktivitätsfortschritt im Produzierenden Gewerbe rund doppelt so hoch wie im Dienstleistungssektor (Tabelle 1).³

Tabelle 1:

Niveau der Arbeitsproduktivität^a und Produktivitätsfortschritt^b nach Wirtschaftsbereichen 1993 und 2003

Wirtschaftsbereich	1993	2003	1993–2003
	Euro		Prozent
Alle Wirtschaftsbereiche	43 203	50 300	1,53
Produzierendes Gewerbe	41 218	51 038	2,16
Dienstleistungsbereiche ^c	38 599	42 949	1,07
Handel	31 211	32 617	0,44
Gastgewerbe	17 399	10 579	-4,85
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	38 200	79 742	7,64
Banken, Versicherungen	60 749	85 388 ^d	3,99
Leasing	350 807	393 953 ^e	1,46
Datenbanken, Datenverarbeitung	69 124	97 286 ^e	4,36
Forschung und Entwicklung	41 333	47 353 ^e	1,71
Dienstleistungen für Unternehmen	62 153	47 810 ^e	-3,23
Öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	36 298	40 952 ^d	1,35
Erziehung und Unterricht	36 226	35 894 ^d	-0,10
Gesundheitswesen	30 608	31 991 ^d	0,49
Sonstige Dienstleistungen	47 487	41 976 ^d	-1,36
Häusliche Dienste	4 759	4 628 ^d	-0,31

^a Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. — ^b Veränderung der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt der Jahre (Prozent). — ^c Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. — ^d 2002. — ^e 2001.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Innerhalb des Dienstleistungssektors ist die Entwicklung allerdings sehr heterogen. Auf der einen Seite stehen die Banken und Versicherungen sowie der

³ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die gesamte Wohnungsvermietung aus statistischen Gründen im Wirtschaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen“ nachgewiesen. Die Wertschöpfung dieses Bereichs umfasst auch die Mieteinnahmen nebenberuflicher Vermieter sowie kalkulatorische Mieten der Wohnungseigennutzung, während diesen Kategorien keine Beschäftigtenzahlen zugeordnet werden. Deshalb bleibt in Tabellen 2 und 3 sowie in Abbildung 3 das Grundstücks- und Wohnungswesen ausgeklammert.

Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die durch Rationalisierungen deutliche Produktivitätssteigerungen erzielen konnten. Auf der anderen Seite stehen die Dienstleistungen für Unternehmen, die in den letzten Jahren unter anderem zum Auffangbecken für frisch examinierte und relativ gering entlohnte Juristen geworden sind, oder das Gastgewerbe, wo die statistisch gemessene Produktivität durch die verbesserte Erfassung geringfügig Beschäftigter gedrückt worden ist. Daneben gibt es jedoch auch Bereiche wie das Leasing sowie die Anbieter von Datenverarbeitung und Datenbanken oder von Forschungs- und Entwicklungsleistungen, die sowohl ihre Produktivität als auch die Beschäftigung kräftig steigern konnten. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser Branchen ist derzeit noch gering, aber dies könnte sich ändern, wenn sie ihr gegenwärtiges Expansionstempo beibehalten.

Insgesamt ist die Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungssektor durch eine wesentlich größere Streuung zwischen den einzelnen Unterbereichen und stärkere Schwankungen im Zeitablauf gekennzeichnet als im Produzierenden Gewerbe. Es ist deshalb schwer abschätzbar, ob sich der für den Zeitraum von 1993 bis 2003 für den gesamten Dienstleistungssektor diagnostizierte Produktivitäts-Bias auch künftig als stabil erweisen wird.

Die Datenlage zur Überprüfung des Nachfrage-Bias ist weniger günstig, da hierfür nicht auf die Standardtabellen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen werden kann. Stattdessen müssen die Input-Output-Rechnungen herangezogen werden, in denen die Verwendung der Produktion nach verschiedenen Nachfragekategorien ausgewiesen wird. Sie bieten den Vorteil, dass sie konsistent in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen integriert und ihre Ergebnisse deshalb mit dem übrigen in diesem Beitrag verwendeten Datenmaterial vergleichbar sind, allerdings ist die Aktualität dieser Tabellen nicht sehr hoch. Die neueste verfügbare Input-Output-Tabelle bezieht sich auf das Jahr 2000.

Insgesamt spiegelt sich der Prozess der Tertiarisierung auch in den Input-Output-Rechnungen wider. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen inländischen Produktion ist von 1993 bis 2000 von 51,0 auf 53,2 Prozent gestiegen (Tabelle 2). Die Nachfrage nach Dienstleistungen wird allerdings nicht, wie häufig vermutet, von der Endnachfrage dominiert, sondern sowohl im Jahr 1993 als auch im Jahr 2003 war der Anteil des Dienstleistungssektors bei den Vorleistungslieferungen aller Wirtschaftsbereiche (Input der Produktionsbereiche) höher als sein Anteil an den Lieferungen an die Endnachfrage (letzte Verwendung von Gütern). Dabei waren die Anteilsgewinne des Dienstleistungssektors über die Zeit in beiden Bereichen etwa gleich hoch.

Von der Nachfrageseite her wird die Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft also etwa zu gleichen Teilen vom Strukturwandel bei der Vorleistungsnachfrage und vom Strukturwandel bei der Endnachfrage getragen. Dies Ergebnis kontrastiert mit früheren Berechnungen für die westdeutsche Wirtschaft, in denen für die Jahre von 1978 bis 1990 gezeigt werden konnte, dass die Anteilsgewinne des Dienstleistungssektors ausschließlich auf sein verstärktes Gewicht bei den Vorleistungslieferungen zurückzuführen war (Klodt et al. 1997: 36–51).

Tabelle 2:

Anteil des Dienstleistungssektors^a an der inländischen Produktion nach Verwendungszweck 1993 und 2000 (Prozent)

	1993	2000
Gesamte Verwendung von Gütern	51,0	53,2
Input der Produktionsbereiche	53,9	56,4
Gesamte letzte Verwendung von Gütern	48,5	51,1

^a Inländische Produktion zu Herstellungspreisen; ohne Grundstücks- und Wohnungswesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die Tertiarisierung in Deutschland ist also nachfrageseitig nur rund zur Hälfte auf die traditionelle Erklärung des Nachfrage-Bias zurückzuführen, wonach es vor allem die nichthomothetischen Präferenzen der Konsumenten sind, die den Strukturwandel vorantreiben. Ebenso wichtig sind Änderungen in der Produktionstechnologie, die einen zunehmenden Einsatz von Dienstleistungen als Vorleistungen in der Produktion nach sich ziehen. Nach dieser „Innovationshypothese“ führt eine zunehmend differenzierte Nachfrage bei den Endprodukten aller Wirtschaftsbereiche dazu, dass vermehrt Dienstleistungen als „intelligente“ Vorprodukte eingesetzt werden, während die Bedeutung industrieller Vorprodukte zurückgeht. Tertiarisierung heißt demnach nicht nur, dass Industriewaren bei der Endnachfrage durch Dienstleistungen, sondern dass alte Industriewaren durch hochwertigere, dienstleistungsintensiver produzierte neue Industriewaren verdrängt werden.

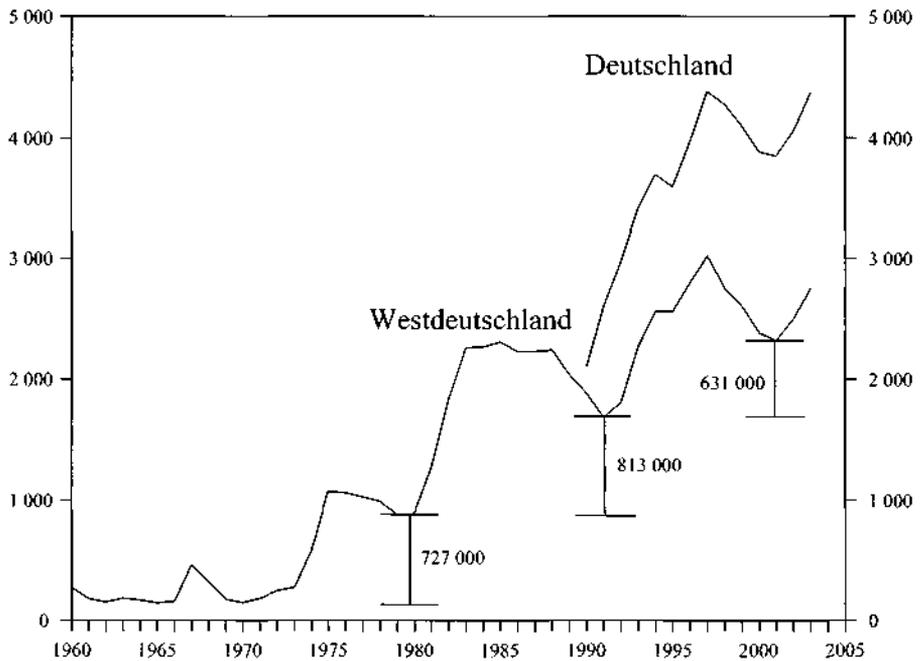
Wichtige Konsequenzen könnte ein Tertiarisierungsprozess entsprechend der Innovationshypothese dafür haben, wie reibungslos sich der sektorale Strukturwandel am Arbeitsmarkt vollzieht. Denn qualitativ hochwertige Dienstleistungen erfordern entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. So werden die Qualifikationsanforderungen bei neu entstehenden Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor relativ hoch sein, und sie werden sich grundlegend unterscheiden von den Qualifikationsanforderungen im industriellen Sektor. Dies ist Thema des nachfolgenden Abschnitts.

Konsequenzen für den Arbeitsmarkt

Die längerfristige Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt ist durch einen treppenartigen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen gekennzeichnet. Während es bei der Rezession von 1967 noch gelang, die freigesetzten Arbeitskräfte in der nachfolgenden Aufschwungphase wieder ins Erwerbsleben zu integrieren, stieg der Sockel an Arbeitslosen in Westdeutschland mit jeder weiteren Rezession dauerhaft um 600 000 bis 800 000 Personen an (Abbildung 4).

Auf den ersten Blick könnte vermutet werden, der treppenartige Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit sei ein Beleg für die Hysterese-Hypothese, nach der Erwerbspersonen während ihrer Arbeitslosigkeit in Rezessionsphasen an Qua-

Abbildung 4:
Registrierte Arbeitslose in Deutschland 1960–2005 (1 000)



Quelle: Sachverständigenrat (lfd. Jgg.)

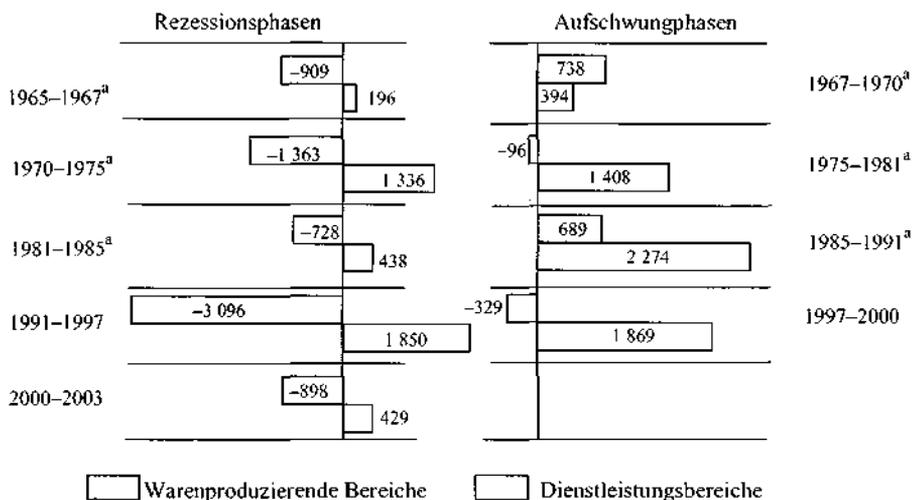
ifikation verlieren und deshalb im nächsten Aufschwung trotz verbesserter allgemeiner Beschäftigungschancen keinen Arbeitsplatz mehr finden. Eine andere Sichtweise ergibt sich allerdings, wenn man nicht nur auf die makroökonomische Entwicklung der Arbeitslosigkeit schaut, sondern auch die sektoral unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den verschiedenen Konjunkturphasen mit in den Blick nimmt.

Dafür wird in Abbildung 5 die Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen im Konjunkturverlauf getrennt nach dem primären und sekundären Sektor (warenproduzierende Bereiche) und dem tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) dargestellt. Die linke Hälfte der Abbildung zeigt die Entwicklung in den fünf großen Rezessionen, die die (west-)deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen hat. In der rechten Hälfte sind die jeweils auf diese Rezessionen folgenden Aufschwungphasen dargestellt. Dabei zeigt sich das folgende sektorale Muster:

- Die Arbeitsplatzverluste in Rezessionsphasen konzentrierten sich stets ausschließlich auf den primären und sekundären Sektor. Im tertiären Sektor dagegen konnten selbst in scharfen Rezessionen noch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Rezessionsphasen der deutschen Wirtschaft können demnach als Deindustrialisierungsphasen bezeichnet werden.

Abbildung 5:

Veränderung der Erwerbstätigenzahlen in der deutschen Wirtschaft 1965–2003 (1 000)



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

- Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich das Muster der Aufschwungsphasen fundamental gewandelt. Während die neuen Arbeitsplätze zwischen 1967 und 1970 vorwiegend dort geschaffen wurden, wo sie zuvor verlorengegangen waren, also im sekundären Sektor, ist der tertiäre Sektor in den Aufschwungsphasen seit 1975 der wesentliche Gewinner der Beschäftigungsexpansion. Die Aufschwungsphasen der deutschen Wirtschaft können demnach seit Mitte der siebziger Jahre als Tertiärisierungsphasen bezeichnet werden.

Die Befunde aus den Abbildungen 4 und 5 zusammengenommen liefern deutliche Hinweise darauf, dass dem sektoralen Strukturwandel eine Schlüsselrolle bei der Erklärung der steigenden Sockelarbeitslosigkeit in der deutschen Wirtschaft zukommt. Vereinfacht ausgedrückt: In der Rezession von 1965 bis 1967 ist der Industriearbeiter arbeitslos geworden, und im nachfolgenden Aufschwung ist der Industriearbeiter wieder eingestellt worden. Deshalb bildete sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit nach 1967 wieder bis auf ihr Ausgangsniveau vor der Rezession zurück. In allen späteren Rezessionen sind wiederum Industriearbeiter entlassen worden, doch in den nachfolgenden Aufschwüngen wurden vor allem Dienstleister eingestellt. Ein Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit wäre unter diesen Bedingungen nur vermeidbar gewesen bei einer hohen sektoralen Mobilität von Industriearbeitern.

Nach dieser Interpretation ist es nicht die Hysterese-Hypothese, die für den deutschen Arbeitsmarkt relevant wäre, sondern die Mismatch-Hypothese, nach der Arbeitslosigkeit dann entsteht, wenn die Qualifikation freigesetzter Ar-

beitskräfte nicht zu den Qualifikationsanforderungen der neu geschaffenen Arbeitsplätze passt.

Um dieser Hypothese weiter nachzugehen, wurde eine Mobilitätsanalyse mit den Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) durchgeführt, um zu überprüfen, inwieweit es Arbeitskräften gelingt, den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel von der Industrie zu den Dienstleistungen durch individuelle Arbeitsplatzwechsel nachzuvollziehen. Dafür wurden zunächst in den verschiedenen Wellen des SOEP diejenigen Personen identifiziert, die in zwei aufeinanderfolgenden Befragungen angaben, als abhängig Beschäftigte Vollzeit erwerbstätig zu sein. Aus diesem Personenkreis wurden diejenigen Personen herausgegriffen, die zwischen diesen beiden Jahren zu einem anderen Unternehmen gewechselt sind. Dabei wurde differenziert nach der Sektorzugehörigkeit des alten und des neuen Arbeitsplatzes.

Nach diesen Berechnungen haben im Beobachtungszeitraum rund vier bis sechs Prozent aller abhängig Beschäftigten den Arbeitsplatz gewechselt (Tabelle 3).⁴ Der ganz überwiegende Teil der Arbeitsplatzwechsel vollzog sich jedoch innerhalb der Sektoren. Der Anteil der Personen, die in Einklang mit der Grundtendenz des sektoralen Strukturwandels vom primären oder sekundären in den tertiären Sektor hinunter gewechselt sind, betrug lediglich 0,3 bis 0,7 Prozent. Dabei stand diesen intersektoralen Wechslern eine etwa gleich große Zahl von Personen gegenüber, die in die andere Richtung gewechselt sind, also vom tertiären zum primären und sekundären Sektor.

Insgesamt hat also der intersektorale Arbeitsplatzwechsel innerhalb der jeweiligen Generation von aktiv Erwerbstätigen praktisch nichts zum sektoralen Strukturwandel am Arbeitsmarkt beigetragen. Der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel vollzieht sich offenbar nahezu ausschließlich über den intergenerativen Wechsel, d.h. über die strukturellen Unterschiede zwischen den aus dem Erwerbsleben ausscheidenden und den neu ins Erwerbsleben eintretenden Generationen. So wird erklärlich, weshalb in den vergangenen Jahrzehnten jede Rezession, die mit umfangreichen Freisetzungen industrieller Arbeitskräfte verbunden war, zu einem schubartigen Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit geführt hat.

Natürlich kann diese Darstellung der Zusammenhänge zwischen sektoralem Strukturwandel und Entwicklung der Arbeitslosigkeit eine sorgfältige Analyse der Ursachen der Beschäftigungsprobleme in der deutschen Wirtschaft nicht ersetzen.⁵ Sie kann aber Spuren legen, auf denen sich das Suchen lohnen dürfte. Diese Spuren deuten darauf hin, dass weder rein makroökonomisch angelegte Analysen noch rein mikroökonomische Studien, bei denen die persönlichen Merkmale der Arbeitslosen im Vordergrund stehen, aber die je nach Konjunkturphase unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Tendenzen am Arbeitsmarkt

⁴ Für die Berechnungen zu Tabelle 3 danke ich Björn Christensen, Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Die Daten beruhen auf Zahlen des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

⁵ Für eine Analyse der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland auf der Basis des Konzepts der Beveridge-Kurve vgl. z.B. Christensen (2001).

Tabelle 3:

Arbeitsplatzwechsler^a nach dem Sozio-Ökonomischen Panel 1993/94–2001/02
(Anteile an allen Vollzeit erwerbstätigen abhängig Beschäftigten in Prozent)

	Insgesamt	Innerhalb des primären und sekundären Sektors	Vom primären und sekundären zum tertiären Sektor	Innerhalb des tertiären Sektors	Vom tertiären zum primären und sekundären Sektor
1993/94	4,23	1,15	0,50	2,14	0,44
1994/95	5,51	1,91	0,67	2,44	0,49
1995/96	5,82	1,55	0,64	2,99	0,64
1996/97	5,02	1,54	0,42	2,54	0,52
1997/98	4,15	1,05	0,46	2,43	0,21
1998/99	5,93	1,34	0,28	3,38	0,93
1990/2000	6,15	1,38	0,46	3,60	0,71
2000/01	6,45	1,46	0,73	3,64	0,62
2001/02	5,35	1,06	0,45	3,32	0,52

^a Personen, die für beide betreffenden Jahreangaben, Vollzeit erwerbstätige abhängig Beschäftigte zu sein. Alle Daten gewichtet mit dem Hochrechnungsfaktor für Befragungspersonen. Stichprobengröße zwischen 5 109 und 8 576 Personen (Durchschnitt: 5 943 Personen).

Quelle: GSOEP (2003); eigene Berechnungen.

ausgeblendet bleiben, für sich genommen erfolgversprechend sind. Wer verstehen will, wie es zu der hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland kommen konnte, wird die sektoralen Verschiebungen bei der Arbeitsnachfrage und die ungenügenden Reaktionen des Arbeitsangebots darauf mit in den Blick nehmen müssen.

Insgesamt ergeben sich aus den hier vorgestellten Ergebnissen mindestens so viele Fragen wie Antworten. Zum Beispiel: Werden die aktuellen Arbeitsmarkt-reformen zu einer schubartigen Ausweitung des Angebots an einfachen Dienstleistungen führen? Welche konkreten Formen von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen fördern tatsächlich die sektorale Mobilität? Wird die zu erwartende Nachfrageexpansion im Gesundheits- und Pflegebereich die Reintegration von gering oder industriespezifisch qualifizierten Arbeitskräften in den tertiären Sektor erleichtern? Gibt es andere Länder, die den sektoralen Strukturwandel am Arbeitsmarkt besser bewältigt haben, und wo liegt die Erklärung dafür?

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der Strukturwandel von der Industrie zu den Dienstleistungen hat sich auch im vereinten Deutschland fortgesetzt. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung waren die Anteilsverluste des industriellen Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung sogar besonders ausgeprägt, da im Gefolge der Transformationskrise rund eine Million Arbeitskräfte aus ostdeutschen Industriebetrie-

ben entlassen wurden. Doch auch in den Jahren danach haben sich die Strukturverschiebungen zugunsten des Dienstleistungssektors kontinuierlich fortgesetzt.

Der sektorale Strukturwandel folgt sicherlich keinen exakten Gesetzmäßigkeiten, die eine Vorhersage der weiteren Entwicklung mit naturwissenschaftlicher Präzision erlauben würde. Gleichwohl hat sich in empirischen Analysen immer wieder bestätigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau eines Landes (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen) und dem Anteil des tertiären Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung besteht. Dabei konnte in früheren Analysen stets eine Sonderstellung der westdeutschen Wirtschaft beobachtet werden, die – gemessen an ihrem Einkommensniveau – einen unterdurchschnittlich großen tertiären Sektor aufwies. Diese Sonderstellung besteht für Gesamtdeutschland nicht mehr, so dass aus dem internationalen Vergleich heraus keine Dienstleistungslücke für die deutsche Wirtschaft mehr diagnostiziert werden kann. Zu dieser „Normalisierung“ hat die massive Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft nicht unerheblich beigetragen.

Mit einem Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung in Deutschland von derzeit 70,3 Prozent ist aber keineswegs eine Obergrenze erreicht. In manchen anderen Ländern – darunter die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Luxemburg – liegt der Dienstleistungsanteil um rund zehn Prozentpunkte höher. Von daher ist auch künftig mit einem Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors in Deutschland zu rechnen.

Gegenüber der Zeit vor 1990 hat die deutsche Wirtschaft eine weitere Sonderstellung im internationalen Vergleich verloren: In den siebziger und achtziger Jahren war der Produktivitätsfortschritt im deutschen Dienstleistungssektor, anders als in den allermeisten anderen Ländern, ähnlich hoch wie im industriellen Sektor. Erklärt wurde dies damals zumeist damit, dass in Deutschland das Segment der produktivitätsschwachen Dienstleistungen mit entsprechend niedrigen Qualifikationsanforderungen und Löhnen nur schwach besetzt sei. Seit den neunziger Jahren ist dagegen auch für Deutschland ein ausgeprägter Produktivitäts-Bias festzustellen, d.h. ein deutlicher Rückstand des Dienstleistungssektors gegenüber dem industriellen Sektor bei den Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität. Dahinter verbergen sich allerdings ausgeprägte Unterschiede zwischen den verschiedenen Dienstleistungsbranchen und starke Schwankungen im Zeitablauf, so dass abzuwarten bleibt, ob der Produktivitätsfortschritt im deutschen Dienstleistungssektor dauerhaft hinter dem im industriellen Sektor zurückbleiben wird.

Auf der Nachfrageseite wird die Expansion des Dienstleistungssektors etwa zu gleichen Teilen von der Vorleistung- und der Endnachfrage getragen. Die Entwicklung entspricht also nur teilweise den landläufigen Vorstellungen, wonach Industriewaren im Zuge des Strukturwandels durch Dienstleistungen verdrängt würden. Ein weiterer wesentlicher Teil der Tertiarisierung wird dadurch getragen, dass traditionelle Produkte durch moderne, dienstleistungsintensiv hergestellte Produkte verdrängt werden. Dieser Teil der Tertiarisierung ist ein techno-

logiegetriebener Prozess, der über alle Branchen- und Sektorengrenzen hinweg letztlich die gesamte Volkswirtschaft erfasst. Er ist eine wesentliche Quelle des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts, stellt aber recht hohe Anforderungen an die Qualifikation der hier eingesetzten Arbeitskräfte.

Dies macht es nicht leicht, den Strukturwandel in der Produktion im Beschäftigungssystem nachzuvollziehen. Die in diesem Beitrag vorgestellte Analyse von Mikrodaten zeigt, dass sich der sektorale Strukturwandel am Arbeitsmarkt nahezu ausschließlich im Generationswechsel zwischen Personen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, und Personen, die neu ins Erwerbsleben einsteigen, vollzieht. Der intersektorale Arbeitsplatzwechsel während des Erwerbslebens spielt dagegen eine vernachlässigbar geringe Rolle.

Wird zusätzlich berücksichtigt, dass sich der Abbau industrieller Arbeitsplätze überwiegend in Rezessionsphasen vollzieht, dann wird erklärlich, weshalb der Sockel an Arbeitslosen in der deutschen Wirtschaft nach jeder Rezession um 600 000 bis 800 000 Personen angewachsen ist. Aus diesem Blickwinkel heraus stellen sich die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt in erster Linie als Probleme des unbewältigten Strukturwandels dar.

Ursache und Therapie sind zweierlei. Natürlich kann es kein sinnvolles Ziel zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit sein, das Tempo des Strukturwandels selbst abbremsen zu wollen. Dies würde die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme der deutschen Wirtschaft eher vergrößern als verringern. Angesetzt werden sollte vielmehr bei der Bereitschaft und der Befähigung der Erwerbstätigen zum sektoralen Arbeitsplatzwechsel.

Die Bereitschaft zum sektoralen Wechsel ist früher nicht zuletzt dadurch verringert worden, dass es finanziell lohnender sein konnte, nach einer relativ hoch entlohnten Industriebeschäftigung in Arbeitslosigkeit zu verharren, anstatt einen niedrig entlohnten Arbeitsplatz im Dienstleistungssektor anzunehmen, da dadurch künftige Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung deutlich reduziert worden wären. Im Zuge der Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung sind diese Fehlanreize spürbar verringert worden. Der Befähigung zum sektoralen Arbeitsplatzwechsel wird allerdings immer noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Gefragt sind hier vorrangig die berufliche Aus- und Fortbildung, die stärker auf die Vermittlung allgemeiner, berufsübergreifender Qualifikationen setzen sollte, anstatt die Berufsbilder immer stärker zu verfeinern und spezialisieren, wodurch die berufliche Mobilität erschwert wird. Großen Nachholbedarf gibt es auch in der betrieblichen Fortbildung der Unternehmen, denn sie werden sich angesichts der künftigen demographischen Entwicklung immer weniger darauf verlassen können, den nötigen Strukturwandel in ihren Belegschaften durch die Einstellung junger, neu ins Erwerbsleben eintretender Arbeitskräfte zu decken.

Patentrezepte gibt es allerdings nicht. Die strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland hat sich über Jahrzehnte aufgebaut und wird sich nicht innerhalb weniger Jahre abbauen lassen. Umso wichtiger, dass die Weichen richtig gestellt werden, damit die Arbeitsmarktprobleme bei fortschreitendem Strukturwandel nicht größer, sondern kleiner werden.

Summary

This paper analyzes the basic patterns of structural change in the German economy since German unification. It is shown that structural change is highly vivid and has created about four million additional jobs in the service sector over the past decade. However, this did not prevent a significant rise in aggregate unemployment, because an equal number of jobs has disappeared in the industrial sector and the labor force was growing. It is argued that the stepwise increase of long-term unemployment basically reflects sectoral asymmetries of labor market development over the business cycle. According to this analysis, structural unemployment has its roots mainly in an extremely low intersectoral mobility of workers. A strategy for reducing structural unemployment should therefore be concerned both with incentives for sectoral mobility and the employability of dismissed industrial workers.

Anhang

Tabelle A1:

Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsbereichen 1993 und 2003

	1993	2003	1993-2003
	1 000		Prozent
Alle Wirtschaftsbereiche	37 365	38 246	2,36
Produzierendes Gewerbe, Landwirtschaft	13 979	11 346	-18,84
Dienstleistungsbereiche	23 386	26 900	15,03
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	9 341	9 720	4,06
Handel	5 672	5 857	3,26
Gastgewerbe	1 350	1 812	34,22
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 319	2 051	-11,56
Verkehr	1 621	1 521 ^a	-5,55
Nachrichtenübermittlung	698	520 ^a	-25,50
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 253	1 292	3,11
Wohnungswesen	276	400 ^a	44,93
Leasing	67	90 ^a	34,44
Datenverarbeitung, Datenbanken	231	440 ^a	90,48
Forschung und Entwicklung	107	140 ^a	30,84
Dienstleistungen für Unternehmen	2 170	3 620 ^a	66,82
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	3 035	2 630 ^a	-13,34
Erziehung und Unterricht	1 925	2 020 ^a	4,94
Gesundheitswesen	3 021	3 990 ^a	32,08
Sonstige Dienstleister	1 620	2 038 ^a	25,80
Häusliche Dienste	390	500 ^a	28,21

^a Geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf^a und Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors^b 2002

Land	Kennzeichen	Pro-Kopf-Einkommen	Dienstleistungsanteil
Australien	AUS	109	74,00
Österreich	A	115	62,75
Belgien	B	108	75,89
Kanada	CDN	118	75,11
Dänemark	DK	113	74,17
Finnland	FIN	107	67,18
Frankreich	F	104	73,64
Deutschland	D	103	69,67
Griechenland	GR	71	60,02
Ungarn	H	53	59,68
Island	ISL	117	64,75
Irland	IRL	131	64,07
Italien	I	101	66,07
Japan	JAP	105	64,72
Luxemburg	LUX	187	76,34
Mexiko	MEX	36	56,01
Niederlande	NL	111	76,80
Neuseeland	NZ	85	76,56
Norwegen	N	123	75,76
Polen	PL	39	47,23
Portugal	P	69	58,34
Slowakische Republik	SL	46	54,33
Spanien	E	85	64,73
Schweden	S	111	74,82
Schweiz	CH	120	70,83
Türkei	TUR	26	30,81
Vereinigtes Königreich	GB	103	79,16
Vereinigte Staaten	USA	140	78,77

^a Zu Kaufkraftparitäten (OECD = 100). — ^b Anteil an allen Erwerbstätigen.

Quelle: OECD (2004).

Literatur

- Baumol, W.J., S. Blackman, E.N. Wolff (1991). *Productivity and American Leadership: The Long View*. Cambridge, Mass.
- Christensen, B. (2001). Mismatch-Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 34 (4): 506–614.
- GSOEP (German Socio-economic Panel) (2003). Berlin: Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.
- Klodt, H. (2000). Structural Change Towards Services: The German Experience. Discussion Papers. IGS 2000/07. University of Birmingham, Birmingham.
- Klodt, H., R. Maurer und A. Schimmelpfennig (1997). *Tertiärisierung in der deutschen Wirtschaft*. Kieler Studien 283, Tübingen.

- OECD (2004). *National Accounts of OECD Countries. Volume 2: Detailed Tables 1991–2002*. Paris.
- Rowthorn, R., und R. Ramaswamy (1997). *Deindustrialization: Causes and Implications*. IMF Working Papers 97/42. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Rowthorn, R., und R. Ramaswamy (1998). *Growth, Trade and Deindustrialization*. IMF Working Papers 98/60. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ifd. Jgg.). *Jahresgutachten 2001/02*. Stuttgart.
- Schettkat, R., und L. Yocarini (2003). *The Shift to Services: A Review of the Literature*. IZA Discussion Paper 964. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 2: Input-Output-Rechnung*. Wiesbaden.